

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

246 (22.10.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellenanzeige 8 Pfennig, Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung der
Zeitungskosten, bei gerichtlicher Betreibung und bei Sonstigen außer Kraft tritt. Erfüllung-
ort und Vertriebsstellen in Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Ruhestunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,60 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachnummer 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
herstr. 1, B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telefondienststellen: Durloch, Haupt-
straße 9; S.-Dobru, Jagdhausstraße 12; Reffatt, Rosenstraße 2. Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 246

Karlsruhe, Mittwoch, den 22. Oktober 1930

50. Jahrgang

Selbstschutz gegen Terror

Kampf gegen die Hakenkreuzlerbanden

Sozialdemokraten! Gewerkschaftskollegen!

Abwehrbewegung

unverzüglich einreihen zu lassen.

Besonders erwünscht ist die Anmeldung solcher Genossen
und Kollegen, die entweder militärische oder sportliche Aus-
bildung genossen haben.

Mut und Entschlossenheit sind Bedingung!

Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen,
die unter 20 und über 45 Jahre alt sind, können sich eben-
falls melden, da auch für sie eine Verwendungsmöglichkeit in-
nerhalb der Abwehrbewegung vorhanden ist.

Meldungen zu dieser Abwehrorganisation erfolgen bei
den Bezirksführern der Partei und bei den Ver-
trauensleuten der Gewerkschaften.

Meldet Euch zahlreich und sofort!

Der Terror des Faschismus laun und wird gebro-
chen werden, wenn der Staat mit seinen Organen und die
organisierte Arbeiterkraft mit ihren Mannschaften unbeeugsam
ihre Pflicht erfüllen.

Nieder mit dem Terror und dem Faschismus!

Wir ermahnen zusehends und fordern dazu auf, daß die
Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen in den übrigen

Städten und Orten Mittelbadens

ebenfalls unverzüglich und umfassend für einen Selbst-
schutz gegen den Terror und gegen etwaige Angriffe der Ha-
kenkreuzerbanden Sorge tragen.

Dazu drängen auch die heranwachsenden Gemein-
schaften in Baden, die abermals eine stark erhöhte Ver-
sammlungstätigkeit mit sich bringen. Der ruhige Verlauf die-
ser Versammlungen und ihr Schutz muß in allen Fällen ge-
währleistet werden.

Nieder mit dem faschistischen Terror!

Gegen politischen Terror

In der gestrigen Ausgabe des Badischen Staatsanzeigers
ist die folgende Bekanntmachung des Ministers des Innern
enthalten:

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung werden
hiermit bis auf weiteres für das Land Baden alle Ansammlungen
und Versammlungen unter freiem Himmel (Umsäue und Kundge-
ben auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen unmittelbarer
Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1930.

Der Minister des Innern:
Wittmann.

Hierzu bemerkt die amtliche Karlsruher Zeitung erläuternd
im redaktionellen Teil:

Wie aus dem heutigen Staatsanzeiger zu entnehmen ist, hat der
Minister des Innern auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der
Reichsverfassung bis auf weiteres für das Land Baden alle An-
sammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Umsäue
und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) wegen
unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher oder kirchlicher Art, soweit sie

herkömmlich und ohne politischen Charakter sind, werden durch diese
Anordnung nicht betroffen.

Anlaß zu dieser Anordnung haben die erheblichen Störungen der
öffentlichen Ordnung und Sicherheit gegeben, die in den letzten
Tagen im Anschluß an politische Versammlungen an verschiedenen
Orten erfolgt sind und deren Wiederholung auch an anderen Plätzen
bei den sich immer mehr verstärkenden politischen Gegensätzen zu
befürchten ist.

Solche Störungen haben sich bedauerlicherweise auch bei Ver-
sammlungen in geschlossenen Räumen zugetragen und eine der-
artige Ausdehnung angenommen, daß sie nur durch Beiziehung
stärkerer Polizeikräfte beseitigt werden konnten. Da die Polizei
hierdurch in einer nicht mehr länger zu vertretenden Weise ihren
eigenen Aufgaben entzogen wird und es auch nicht verantwort-
lich sein kann, daß die Polizeikräfte über Gebühr und unter Auf-
wendung erheblicher finanzieller Mittel außerhalb ihrer Standorte
verwendet werden, wird bei Wiederholung solcher Vorgänge die
Ausdehnung des Verbots auch auf öffentliche Versammlungen in
geschlossenen Räumen erfolgen müssen.

Einstweilen sind die Bezirksämter angewiesen worden, in diesem
Sinne jetzt schon innerhalb ihres Bezirks Versammlungsverbote
hinichtlich öffentlicher Versammlungen in geschlossenen Räumen
zu erlassen, falls die Lage der örtlichen Verhältnisse dies als not-
wendig erscheinen läßt.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, das heute erlassene Verbot
der Versammlungen unter freiem Himmel mit allem Nachdruck

durchzuführen und auch kleinere Ansammlungen auf Straßen und
Plätzen nicht zu dulden.

Die tief in das Versammlungsleben der politischen Par-
teien einschneidende Maßregel des badischen Innenministers
ist in erster Linie nötig geworden durch das überaus freie,
terroristische und bandenmäßige Treiben der Hakenkreuz-
ler. Daß dann die Kommunisten auch ein bißchen mitgehol-
ten haben, nicht nur das politische Leben zu vergiften, sondern
ihrerseits den politischen Terror zu erhöhen, ist bei ihnen
selbstverständlich. Aber die Hauptschuld tragen die Ha-
kenkreuzler, die ihre Provokationen und ihren Terror
in einer Weise gesteigert haben, daß der Staat unter
keinen Umständen mehr auch nur tagelange un-
tätig zusehen konnte. Wir erwarten vom Badischen
Innenministerium, daß es seinen Androhungen auch zur rü-
cksichtslosen Durchführung verhilft, auch bei solchen
Dienststellen, bei denen sich der Hakenkreuzgeist
bereits eingemischt hat. Ein Staat, der sich das noch länger
und überhaupt weiter gefallen lassen würde, was zu seiner
Verhöhnung und zur Untergrabung seiner Existenz von den
Faschisten in der letzten Zeit geleistet worden ist, müßte
binnen kürzester Zeit jedes Ansehen und alle Autorität ver-
lieren. Die Folge wäre der Bürgerkrieg. Im übri-
gen hoffen wir, daß die organisierte Arbeiterkraft sich schnell-
stens einen durchaus wirksamen Selbstschutz schafft, der ge-
genüber dem faschistischen Treiben wirksam zu unter-
stützen bereit ist.

Badischer Lehrerverein und Nazitreiben

Der Vorstand des Badischen Lehrervereins
besaßte sich in seiner letzten Sitzung u. a. mit dem Vorgehen
des Badischen Unterrichtsministeriums gegen Lehrer, die
sich in der Nationalsozialistischen Partei betätigen
und nahm dazu folgende Entschliebung an:

1. Der Vorstand des BVL erklärt erneut, daß er jede Maßnahme
unterstützen wird, die geeignet ist, die Schularbeit und die schul-
pflichtige Jugend vor parteipolitischen Beeinflussungen zu bewahren.
2. Er wird eine Untergrabung der parteipolitischen Neutralität
der Landesorganisation mit allen Mitteln zu verhindern suchen
und vertraut hierbei unter Hinweis auf die Erfahrungen der Ver-
gangenheit dem gesunden Sinn der Lehrerschaft.

3. Er anerkennt die Verpflichtung der Beamten-
und Lehrerschaft, in ihrer amtlichen Tätigkeit für den
Staat und seine Verfassung einzutreten und sich
unabhängig bei der Vertretung der politischen
Ueberzeugung die durch das Dienstverhältnis gebotene
Zurückhaltung aufzuweisen.

4. Andererseits müssen aber auch dem Beamten seine verfassungs-
mäßigen Rechte uneingeschränkt gewahrt werden. Zur Sicherung die-
ser Rechte fordern wir erneut und unter nachdrücklichem Hinweis
auf die drohende Vertrauenskrise die beschleunigte Verabschiedung
eines neuen, den Ansprüchen an Gerechtigkeit und Objektivität
der Rechtsprechung voll genügenden Dienststrafrechts, wie es in
Artikel 129 der Reichsverfassung zugesichert ist.

Der Vorstand behält sich vor, zu Einzelfällen Stellung zu neh-
men, sobald das Verfahren endgültig abgeschlossen ist.

Was die Entschliebung unter 1, 2 und 3 sagt, sind glatte
Selbstverständlichkeiten für Staatsbürger in amtlicher Stel-
lung. Seit einiger Zeit haben sich aber auch in Baden Zustände
herausgebildet, auch speziell unter der badischen Lehrerschaft,
daß man sich freuen muß, daß der Lehrerverein eine solche
Entschliebung gefaßt hat. Daß auch den Beamten die allen an-
deren Staatsbürgern gewährleisteten Rechte erhalten bleiben
müssen, innerhalb der auch vom Lehrerverein anerkannten
Grenzen für Beamte, ist auch unsere Meinung. Weniger ver-
ständlich ist der Schluppassus, daß sich der Lehrerverein seine
Stellungnahme zu Einzelfällen vorbehalte. Vielleicht
meint der Lehrerverein damit, daß auch er von sich aus
gegen Lehrer vorzugehen beabsichtigt, die sich der staatsfeind-
lichen Tätigkeit im Nazilager hingeben. Dann ist auch der
Schluppassus gut.

Sparmaßnahmen der badischen Staatsregierung

Das Badische Staatsministerium hat unter dem
20. Oktober als weitere Sparmaßnahme folgendes angeordnet:

a) In den Rechnungsjahren 1930 und 1931 sind bei allen
faschischen Ausgaben des ordentlichen Haushalts, sowie
bei den Dienstreise- und Umzugskosten 5 Pro-
zent einzusparen. Ausgenommen sind Ausgaben
zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen,
Beiträge sozialer und caritativer Art und Ausgaben, die nach
dem Voranschlag unmittelbar durch eine bestimmte Einnahme
erfüllt werden (durchlaufende Posten) oder deren Höhe im
Voranschlag ausdrücklich in ein bestimmtes Verhältnis zu einer
bestimmten Einnahme gebracht ist. Vorgezeichnet ist inner-
halb jeder Hauptabteilung die Gesamtkürzung.

b) In den Rechnungsjahren 1930 und 1931 freierwer-
bende Planstellen dürfen vom Tage der Staatsmini-
sterialentschliebung an erst nach Ablauf von 3 Mona-
ten vom Tag der Erledigung der Stelle (Freiwerden des
Gehalts) ab gerechnet, wieder besetzt werden.

Herabsetzung der Landtagsdiäten in Württemberg

Stuttgart, 21. Okt. (Eig. Meldung.) Vom Präsidium des würt-
tembergischen Landtags ist beabsichtigt, eine Kürzung der Tagelöhner
für die Abgeordneten durchzuführen. Die Fraktion des Bauern-
bundes hat eine Kürzung um 20 Prozent beantragt.

Opfer der Arbeit

Furchtbare Grubenkatastrophe von Alsdorf: Bis jetzt 150 Tote geborgen, zahlreiche Verletzte - Ueber 100 Personen noch eingeschlossen

Während die Arbeiterschaft gezwungen ist, den Vorstoß des Unternehmertums gegen ihr Existenzminimum abzuwehren, wird der Welt demonstriert, unter welchen furchtbaren Bedingungen die Arbeiterschaft sich ihren färglichen Lohn erwirbt. Hunderte von modernen Arbeitern sanken gestern bei der furchtbaren Grubenkatastrophe in Alsdorf ins Grab, mußten ihr Leben lassen für eine Arbeit, für die ein reaktionäres faschistisches Scharfmachertum nicht einmal mehr das Existenzminimum zahlen möchte.

Die Grubenkatastrophe als Alsdorf wird so zu einem Ruf an die ganze Welt:

Wahet und ehret die Arbeiterschaft, die unter schwerer Anstrengung bei Einhalt ihres Lebens die Güter hervorbringt, welche die Voraussetzung jeglicher Wirtschaft und jeglicher Kultur sind!

Die bedauernswerten Arbeitskameraden von Alsdorf sind so eine Mahnung an alle fittlich denkenden Menschen, dem Scharfmachertum ein Paroli zu bieten und mit der Arbeiterschaft (die Katastrophe machte keinen Unterschied zwischen Arbeitern und „Angestellten“) eine Lösung der schweren Menschheitsprobleme zu finden, welche dem ganzen Volke und nicht einzelnen Herrennaturen zugute kommt. Sie sind jedoch vor allem auch eine Mahnung an die Arbeiterschaft selbst, durch geschlossene Einheit dafür zu kämpfen, daß alles geschieht, was dem Dienste der Arbeiterschaft fruchtet. Wenn wir daher jetzt in Trauer der teuren Toten von Alsdorf gedenken, so ist gleichzeitig unser Gelächnis: Der Sache der Arbeiterschaft und ihrem Aufstieg muß all unser Sinnen und Trachten gelten.

Der Hergang der Katastrophe

Machen, 21. Okt. Der Wilschelm-Schacht der Grube Anna II bei Alsdorf wurde heute früh durch eine Explosion auf der 360-Meter-Sohle zerstört. Die Explosion verhängte mehrere Hundert Bergleute. Der Förderer wurde umgelegt und mehrere Häuser in Alsdorf zerstört. In der Grube kam ein Sprengstoffmassen zur Explosion, wodurch die gesamte Grubenanlage zerstört wurde. Das Fördergerüst ist eingestürzt, jede Verbindung nach außen ist abgebrochen. An den umliegenden Siedlungsbauten sind zahlreiche Fenster eingeschlagen und Dächer abgedeckt worden. Sanitätssolonnen und Feuerwehrraue aus dem ganzen Lande sind heute sofort zur Unfallstelle.

Ueber die Ursache des Unfalls verlautet, daß entgegen dem ersten Bericht keine Dynamitexplosion vorliegt, sondern daß man annehmen muß, daß eine Kohlenstaubeexplosion das Unglück verursacht hat. Drei Rettungssolonnen, die des Bergreviers, die des Ruhrgebietes und eine aus dem Kreis Mörns sind seit heute morgen beschäftigt, die Toten zu bergen. Von den Revieren 4, 5 und 6 konnten sich die Bergarbeiter nach den benachbarten Zechen retten. Nur die Reviere 7, 8 und 9 sind durch die Gewalt der ungeheuren Explosion zu Bruch gegangen. Schätzungsweise befanden sich dort etwa 150 Mann, die man vorläufig als verloren halten muß.

Alsdorf, 21. Okt. Wie von einem Mitglied der Verwaltung des Schweißer Bergwerksvereins mitgeteilt wird, nimmt man jetzt an, daß die Explosion auf der 360-Meter-Sohle erfolgt ist, weil dort das Sprengstofflager lag, das etwa 1000 Kilogramm Sprengstoff umfaßt. Diese 360-Meter-Sohle ist die dritte Sohle. Die vierte Sohle liegt mit 460 Meter noch darunter. Ueber die Ursache gehen die Vermutungen noch auseinander. Das Sprengstofflager kann sich durch Temperaturüberhöhung entzündet haben. Es kann auch eine kleine zeitliche Schlagwetterentzündung die Veranlassung gewesen sein.

Wie wir hören, hielt der Betriebsrat im Augenblick des Unfalls eine Signala ab. Er wurde in seiner Gesamtheit von den einschlagenden Mauern erschlagen. Bisher ist nur der Schmann als Leiche geborgen worden. Die Ferngasanlage, die Köln verlor und an deren Explosion man zuerst geglaubt hatte, ist im Betrieb.

Das Trümmerfeld über Tage

Alsdorf, 21. Okt. (Von unserem Sonderberichterstatter). Die Unfallstätte auf Schacht Anna II ist nur auf Umwegen zu erreichen. Die dem Förderer zugewandte Außenmauer des Verwaltungsgebäudes steht nur noch soweit, als sie vor den sie umgebenden Schuttmassen abhalten wird. Der Förderer ist mit etwa 30 Meter hoch war, hat sich zur Seite geneigt und dabei einen Zementsockel beschädigt. Als dieser Block handhelt, stürzte der Turm seitlich ein und

stürzte auf das Verwaltungsgebäude, das gleichzeitig von der unterirdischen Explosion erschüttert und zum größten Teil in sich zusammengefallen ist. Der Schutthaufen hätte mehr als das Erdbecken. Man weiß zur Stunde noch nicht, ob noch Beamte, Ausrunder oder andere Personen in den Schuttmassen begraben sind. Hier würden die ersten Toten geborgen. Die Trümmer der benachbarten Gebäude bilden ein Bild davon, was sich unter der Erde abgepielt haben mag.

Aus den benachbarten Zechen, vor allem der Anlage Anna I, sind bisher 23 Tote und 40 bis 50 Verletzte geborgen worden. Von den Verletzten hört man, daß die Rettungsarbeiten dadurch erschwert werden, daß die Stellen an vielen Stellen ein-

Der Berliner Metallarbeiterkonflikt

Berlin, 21. Okt. (Eig. Draht). Im Lohnstreit der Berliner Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien auf den 23. Oktober 1930 zu neuen Verhandlungen über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 10. Oktober eingeladen.

Dieser wird von gewerkschaftlicher Seite aus Berlin festgehalten. Bei diesen Verhandlungen wird man sich kaum mehr mit dem alten Schiedspruch beschäftigen dürfen, sondern eine Einigung auf neuer Basis versuchen. Ob dieser Versuch alldit, ist sehr zweifelhaft, und in der bürgerlichen Presse rechnet man daher bereits damit, daß der Arbeitsminister einen neuen Schiedspruch, der eine Verlängerung des bisherigen Tarifs vorseht, fällen und für verbindlich erklären wird. Der alte Schiedspruch ist unmöglich. Seine Verbindlichkeitsklärung, die die Arbeitgeber beantragt haben, kommt nicht mehr in Frage, nachdem sich eine Mehrheit des Reichstags gegen eine Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen hat.

Dieser Beschluß des Reichstags wird vom Reichsarbeitsminister und seinen politischen Freunden als Fehler betrachtet. Die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wodurch der Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt werden soll, wird, nachdem im Reichstag bereits der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen ihn gesprochen hat,

gebrochen sind. Die Rettungsmannschaften sind mit dem Freimachen der Zugangsweg beschäftigt. Die dritte Sohle des Schachtes Anna II ist mit 460 Meter Tiefe die tiefste des Reviers. Dort lag in etwa 10 bis 20 Meter Entfernung vom Schacht ein Dynamitlager dessen Explosionsflamme bis hoch über den Förderer hinaus sichtbar gemeldet ist. Trotzdem konnten aus dem Unfallort durch Vermitteln Leitern und Seilen noch drei Mann unversehrt heraufgeholt werden. Insgesamt sollen

nach drei Reviere abgeschlossen sein. Da in jedem Revier mit etwa 100 Mann Besatzung gerechnet werden kann, so muß angenommen werden, daß noch immer ungefähr 300 Bergleute eingeschlossen sind. Doch besteht Aussicht für einen großen Teil dieser Leute noch Aussicht auf Rettung.

Am Förderer Schacht Anna I selbst kommen in kleineren Zeitabständen Verletzte aus, die

sofort von den Sanitätern betreut werden. Sie berichten über einen dumpfen Schlag und den Einsturz der Gehirne. Viele wukten zunächst gar nicht, weshalb der Besatzung sofortigen Ausgahen gegeben wurde. Die elektrischen Kabel sind zerstört und die Ausfahrt vor allem die Verbindung der einzelnen Stellen untereinander, ist dadurch bedeutend erschwert.

Die Bergung

Alsdorf, 21. Okt. Die Bergbehörde teilt mit, daß bis 19 Uhr 50 Tote einschließlich der 19 Toten des Uebertagebetriebes geborgen worden sind, und daß zur Zeit 70-75 Verletzte in das Krankenhaus Vordenberg und 6 weitere in ein zweites Krankenhaus eingeliefert sind. Die Bergung der Toten und Verletzten ist noch im Gange. Sie ist stark erschwert durch die Beschädigung des Kabels zu dem elektrisch betriebenen Windfahschacht, der von der 460 Meter zu der 360 Meter-Sohle geht. Die Beschädigung wurde durch ein brechendes Gestein verursacht. Das Kabel ist inzwischen wieder ausgebessert worden, jedoch in diesem Windfahschacht die Veranlassung der Toten und Verletzten wieder aufgenommen werden kann. Bergbaupraktikant Schlichter und Oberbergratmann Bonn ist inzwischen auch eingetroffen. Der Unfallauschuh der Grubenberufskommission und Vertreter des Handelsministeriums mit den Vertretern des Berliner Grubenberufsamtes werden am Mittwoch vormittag die Grube besuchen. Die Rettungssolonnen der Rettungsstellen dreier benachbarter Gruben sind eingeschoben und beteiligen sich am Rettungswerk. Auch die holländischen Gruben haben sich bereitwillig zur Hilfeleistung angeboten. Inzwischen sind auch Rettungsmannschaften von der Ruhr und vom Niederrhein an der Unfallstelle eingetroffen, und die Mannschaft der Zeche Rhein-Elbe aus dem Ruhrrevier ist um 3 Uhr nachmittags eingeschoben. Die einheimischen Rettungsmannschaften hatten den Hilfsdienst sofort mit 50 Geräten bei wechselnder Mannschaft aufgenommen. Durch Selbsthilfe haben sich an einer Stelle 14 Mann retten können. Einer Richtfeststellung bedarf die Katastrophe, doch unter dem Verwaltungsgedäude ein Ventilator ausgetrieben ist. Ein Ventilator befindet sich, wie von nachbarlicher Seite mitgeteilt wird, nur auf der Katastrophe, und ist unversehrt.

Auch im Umkreis der Unfallgrube hat die Katastrophe viele Opfer gefordert. Im Nebengebäude sind durch drei einfallende Decken drei Mann getötet worden, in der der Grube gegenüber liegenden Werkstatt wurden durch den Einsturz zehn Leute getötet, darunter eine Frau, die im Augenblick des Todes ein Kind zur Welt brachte.

Alsdorf, 22. Okt. Die Eigenart des Unfalls dürfte in der deutschen und in der internationalen Geschichte des Bergbaus einzig dastehen. Es ist bisher noch nie vorgekommen, daß durch eine Explosion ein Schacht vollständig zertrümmert wurde und die umliegenden Gebäude so schwer beschädigt wurden.

Der Sachberater für das Grubenversicherungsweien im freien Bergarbeiterverband, Schud, hat sich an die Unfallstelle begeben. Bei den Rettungsarbeiten hat sich der Arbeiter-Samaritinerbund Alsdorf besonders hervorgetan. Die Rettungsarbeiten unter Tage leitet die Feuerwehrgesellschaft Eilen.

Ein freigebergschaftlicher Betriebsrat berichtet von den Ausgängen dreier Schwerverletzte, nach denen sie eine Platte vom Schacht herunterkommen haben. Leute der 250-Meter-Sohle berichten dagegen, der Explosionsdruck sei von unten her von der 360-Meter-Sohle gekommen. Diese Angaben machen das Unglück noch rätselhafter. Die ganze Nacht über waren die Zehentore von den Angehörigen der Bergleute, deren Schicksal noch ungewiß ist, belagert.

Die Zahl der Toten

Alsdorf, 22. Okt. In den letzten Stunden sind nur noch Tote geborgen worden. Die Ausgängen der Rettung lebender werden immer geringer. Bis nachts halb 2 Uhr wurden 96 aufgebahrte Leichen gezählt. 35 weitere Tote harrten noch im Schacht der Ausfahrt. Die Zahl der noch eingeschlossenen wird zur Stunde auf etwa 140 geschätzt.

Alsdorf, 22. Okt. (Zandient). Bis heute früh 6 Uhr wurden insgesamt 150 Tote der Grubenkatastrophe geborgen. Den Rettungsmannschaften gelang es, im Laufe der Nacht das Revier III auf der 360-Meter-Sohle halb zu durchsuchen. Die Reviere 8 und 10 auf der vierten Sohle sind dagegen noch immer nicht zugänglich. Man muß daher mit einer Erhöhung der Totenzahl um weitere 100 rechnen. Auch unter den Trümmern des Uebertagebaues sollen noch Tote befinden. Hier schreiten die Räumungsarbeiten ebenfalls nur langsam vorwärts. Alle Toten weisen die furchtbaren Verletzungen durch die Schleuderkraft des Aufdruckes und vielfach auch grauenhafte Brandwunden auf.

zunehmend in der Presse der christlichen Gewerkschaften getadelt als „Unschlag auf das Schlichtungswesen“ hingestellt. So lag der Deutscher, die Tagesschau der christlichen Gewerkschaften, daß im Bereich des Schlichtungswesens nicht die Reichsregierung insgesamt zu bestimmen habe, sondern der Reichsarbeitsminister als oberster Instanz. Der Reichstag darf nach Auffassung des Deutschen nicht seine Meinung über einen Schiedspruch äußern. Er darf nicht sagen, daß ihm ein Schiedspruch als notwendig erscheint und er darf nicht erklären, daß ein solcher Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt wird, denn das wäre — nach der Auffassung des Deutschen, gleichbedeutend mit einer Vergewaltigung des obersten Schlichters. Diese Darstellung enthält nach unserem Dafürhalten völlig abwegige Deutungen.

Festigkeit der norwegischen Sozialdemokratie

Oslo, 21. Okt. (Eig. Draht). Wie das bis heute normittag vorliegende vorläufige Resultat der norwegischen Staatswahlen erkennen läßt, ist es der norwegischen Arbeiterpartei trotz intensiver Wahlpropaganda der Bürgerlichen gelungen, ihre Position zu verteidigen. Nach Zählung der Stimmen aus 491 Landbezirken und 39 Städten ergibt sich das vorliegende vorläufige Stimmverhältnis:

Arbeiterpartei: 211 651 Stimmen (in den gleichen Wahlbezirken bei den letzten Parlamentswahlen 1927: 206 136).

Fauernpartei: 144 106 (114 921).

Sammelliste der Konserpartien und Freisinnigen: 156 141 (103 756).

Die sogenannte Linke: 158 734 (115 955).

Kommunisten: 9408 (14 697).

Die Wahlbeteiligung war im ganzen Lande außerordentlich stark und betrug durchschnittlich 80 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung.

Große Wahlkundgebung in Wien

Wien, 21. Okt. (Eig. Draht). Für Sonntag, den 26. Oktober hat die Sozialdemokratische Partei eine große Kundgebung einberufen. Diese hätte ursprünglich auf dem Hebelplatz vor der Burg stattfinden sollen, auf dem in den letzten Monaten wiederholt Heimkehrer Kundgebungen stattgefunden haben. Dieser Platz wurde aber wegen der Burghauptmannschaft für die Kundgebung verweigert. Die Kundgebung wird infolgedessen vor dem Rathaus stattfinden. Es werden der Reichstagspräsident Vöbe, Artur Erlipien und Franz Künstler sprechen.

hakenkreuzabruich im Hamburger Landgebiet

Zu den Wahlen im Hamburger Landgebiet meldet das Berliner Tageblatt nach: Bei den Wahlen im Hamburger Landgebiet, der ersten Wahlhandlung nach den Reichstagswahlen, haben die Nationalsozialisten sich bei den Bauernbesitzern und der Elbmärkern eine harte Abfuhr geholt und gegenüber dem Ausfall der Wahlen vom 14. September im gleichen Bezirk eine Niederlage erlitten. Während es ihnen bei der Reichstagswahl gelungen war, 5530 Stimmen des Landbezirks zu gewinnen, haben jetzt nur noch 3805 Bauern nationalsozialistisch gewählt, obgleich die Wahlteilnahme von rund 80 Prozent der Stimmberechtigten nur um wenig schwächer war als am 14. September.

Auch mit Hinzurechnung der auf die nationalsozialistische Liste entfallenden 5418 (5428) Stimmen in den Städten Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht ist trotz härtester Propaganda das nationalsozialistische Gesamtergebnis mit 9233 gegen 10 958 Stimmen bei der Reichstagswahl zurückgefallen.

Unachts der schwächeren Wahlbeteiligung hat sich die Sozialdemokratie auf gehalten.

Frick als Hans Dampf in allen Gassen

Er klebt

Während sonach die Nationalsozialisten in der Theorie sehr anachit neuen Doppelmandate und Doppelposten kämpfen, handeln sie in der Praxis ganz anders. Nach einer Mitteilung der Presseleitung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion trifft es nämlich so, daß der thüringische Staatsminister Frick die Absicht habe, aus der Regierung auszutreten, weil ihm die Arbeiten als Vorsitzender der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu sehr im Anbruch nehmen würden.

Thüringischer Innenminister und Unterrichtsminister sowie nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch Vorsitzender der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion — es ist schon überdeutlich was der Magen des Herrn Frick verdaut, ohne daß in diesem Falle ein Gesetzer in der nationalsozialistischen Presse ertönt, die „Doppelverdiener“ so sehr kritisiert.



Frick

tion trifft es nämlich so, daß der thüringische Staatsminister Frick die Absicht habe, aus der Regierung auszutreten, weil ihm die Arbeiten als Vorsitzender der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu sehr im Anbruch nehmen würden.

Thüringischer Innenminister und Unterrichtsminister sowie nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch Vorsitzender der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion — es ist schon überdeutlich was der Magen des Herrn Frick verdaut, ohne daß in diesem Falle ein Gesetzer in der nationalsozialistischen Presse ertönt, die „Doppelverdiener“ so sehr kritisiert.

Nationalsozialistischer Justizminister-Aspirant

In der Vorhalle der Lesesäle der Münchener Universität wurden seit einiger Zeit Diebstähle aus den Mänteln der Studenten verübt. Die Universitätsverwaltung beauftragte schließlich einen Kriminalbeamten mit der Beobachtung. Anfang der vorigen Woche gelang es dem Beamten, den Täter bei einem Diebstahl zu überraschen und an frischer Tat festzunehmen.

Wer war der Täter? Es war ein Student, ein Jurist der unmittelbar vor dem Referendarexamen stand. Waffensstudent und Nationalsozialist. Der Held vom Dritten Reich, der mein und dein nicht unterscheiden kann, hatte beim Diebstahl ein großes offizielles nationalsozialistisches Parteiazzeichen angedeckt. Der Mann ist in der richtigen Schule gewesen! Er hat die nationalsozialistische Lehre vom Dritten Reich auf seine Art und Weise gelehrt. Als Nationalsozialist mit dem Parteiazzeichen auf der Kappe hat er sich bei seinen Diebstählen abtrottel gefühlt.

Die Nationalsozialisten können ihm eine Träne nachweinen. Jurist vor dem Referendarexamen, Waffensstudent und Nationalsozialist — aus dem hätte noch etwas werden können. So mindestens einer jener Köpfe, mit denen die Nationalsozialisten prahlen. Wer weiß, vielleicht hätte er auch hinunter zum nationalsozialistischen Justizminister in einer Landesverwaltung gebacht!

5 Tage Reichstag

Von Paul Pöbe.

Am Morgen des 15. September die Resultate der Wahlen in ihren wichtigsten Umrißen bekannt waren, übermorg bei den Reichstagswahlen im Lande der Eindruck: Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmäßiger Arbeit kommen, sondern die Dauer verhandlungsunfähig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst bekämpfen und verächtlich machen, spielen in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteilinien, die das Spiel mit unverhohlener Freude betrachten, ja begünstigen — das Todesurteil sei gesprochen ehe dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, daß es „a ans so schlimm“ nicht werden werde.

Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber es ist doch schlimmer als man dachte. Die Arbeit des Reichstags konnte nicht so leicht gelingen, aber sie wurde unter ungünstigen Umständen begonnen, die nichts weniger als „Würde“ zeigten. Ein Ausbruch des Herrn Reichspräsidenten Hindenburg in seinem eigenen Schoße, dazu weitere Parteilinien, die das Spiel mit unverhohlener Freude betrachten, ja begünstigen — das Todesurteil sei gesprochen ehe dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, daß es „a ans so schlimm“ nicht werden werde.

Der Sinn der Parlamentsarbeit ist es doch schließlich, die besten Gründe gegen Gründe, Überzeugung gegen Überzeugung zu setzen, sie vor dem Hause darzulegen und die Entscheidungen zu fällen. Schon die äußerlich sichtbare Unbereitschaft (Uniformen) erschwert es, sie läßt mindestens den Anschein zu, daß der eine Teil bald hier bald drüben überhand nimmt. Ich will Gründe gar nicht hören, ich bin fertig, ehe der Gegner beginnt. Ganz abgesehen von der gefährlichen Gefahr der Unbereitschaft, die sich aus uniformierten Gruppen im Reichstag ergeben. Die eigentliche parlamentarische Auseinandersetzung wird aber auch durch den Umfang, den die Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, sehr gefährdet. Das minutenlange Händeklatschen, das nicht üblich, die Sprechstühle, die massenweisen Schreie und organisierten Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Prinzip der freien Aussprache nicht vereinbar, sie hindern den Redner, geordnete Gedankengänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstage zuerst von den Kommunisten geübt, die ja auch das Infamienbuch mit Sturmstößen ein, wenn einer auf die Antwort verzichtet hätte. Was damals eine vereinzelte Erscheinung war, droht jetzt regelmäßig wiederzukommen und droht sich bei der jetzigen Stärkereileitung der Parteien gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Frick, als er in der ersten Sitzung über dem Alterspräsidenten das Wort ergriff. Der zweite aber richtete sich gegen Herrn Torgler bei der Rede über den Völkerverein. Was die Kommunisten früher selbst geübt hatten, machen jetzt ihre eigenen Sprecher in der Reichstagsrede unmöglich. Schließlich griff diese Unbereitschaft der Regierung auch auf andere Parteien über. Am 15. Tage wurde es gegen den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Dr. Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn v. Reventlow zu veranlassen verweigerten.

Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Zeichen die Unbereitschaft des Reichstags, daß Unarten, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer stärkeren Partei heimgesucht werden, zugleich ist es aber ein Beweis, daß die Störungen nicht gebildet, sondern unter allen Umständen zu vermeiden sind. Sprechstühle, Gesangsveranstaltungen, Demonstrationen hindern das Parlament, seine Aufgabe zu erfüllen und niemand kann sich über Verletzungen beklagen, wenn sie vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsunfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsternen Prognosen gelungen, die Lehmslegung des Reichstags zu verhindern. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in öffentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter vielen Hindernissen und bei Anspannung aller Nervenkräfte, die überhaupt möglich war. Herr Straker sprach in der letzten Geschäftsordnungsdebatte die unbegründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 2. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Zu solchen Behauptungen liegt keine

Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammenkommen, wird er seine Entschlüsse fassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwicklung könnten die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung zur Arbeit unfähig machen, die am lautesten von den Rechten des Volkes reden. Ich nehme an, daß die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstags verhindert hat.

Freistaat Baden

Die süddeutsche Regierungskonferenz

Von ausländischer Seite wird aus Stuttgart mitgeteilt: „Reichsminister Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und Ministerpräsident Dr. Seid trafen Dienstag vormittags 9 Uhr in Stuttgart ein. In Begleitung des Reichsministers befanden sich der württembergische Generaldirektor in Berlin, Staatsrat Dr. Bosler, und Ministerialrat Dr. Vogels, in Begleitung des Reichsfinanzministers waren die Ministerialdirektoren Dr. Zarden, Dr. Dorn und Dr. von Krosigk. Die Gäste wurden am Bahnhof von Staatspräsident Dr. Gols, in dessen Begleitung sich Ministerialrat Clok befand, vom Landesfinanzamt Präsident Dr. Pfeiffer und dem bayerischen Gesandten Dr. Tischler empfangen.

Im Laufe des Vormittags traf auch der badische Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt und der badische Innenminister Dr. Wittenmann, sowie der hessische Finanzminister Dr. Kürnbauer mit ihren Beamten hier ein.

Von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr fand im Staatsministerium eine Besprechung über das Sanierungsprogramm der Reichsregierung und seine Auswirkung auf die Länder und Gemeinden statt. Dabei wurde zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der beteiligten Länder eine weitgehende Übereinstimmung erzielt.

Abends fand in den Räumen des Staatsministeriums ein gemeinsames Zusammenkommen im engsten Kreise statt. Der Herr Reichsminister fuhr abends 9.30 Uhr nach Berlin zurück.

Zu dem Besuch des Reichsministers Dr. Brüning und des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich schreibt das württembergische Regierungsorgan, das Deutsche Volksblatt, nach der gestrigen Rückfrage in Berlin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Seid und auch nach Besprechungen mit führenden Politikern süddeutscher Staaten weiß der Reichsminister, daß der Finanzausgleich eine Reihe anderer Maßnahmen in der Form, wie sie das Sanierungsprogramm vorsieht, von den Vertretern der süddeutschen Staaten im Reichsrat nicht angenommen werden können. Die Reichsregierung, die sich seit langem gegen die Verschlechterung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden wendet, wird sich den Vorstellungen der süddeutschen Länderregierungen nicht verschließen können. Es kommt jetzt darauf an, daß man die Folgen einer finanziellen Regelung, die sich auf eine ganze Reihe von Jahren erstrecken wird, schon jetzt genau überlegt und die Vorzüge so gestaltet wird, daß die Länder die Möglichkeit haben, die Ordnung der Finanzen bei sich und den Gemeinden herzustellen und beizubehalten.

Bedenkliche Zwielspältigkeit

Badischer Beobachter und österreichische Heimwehr

Die zwielspältige Haltung des Badischen Beobachters zu den Vorgängen in Oesterreich hat uns schon öfters Anlaß zu Feststellungen gegeben, die einen scharfen Unterschied in der Haltung des Zentrums gegenüber seiner sonst üblichen Haltung Markieren. Während sich sonst der Badische Beobachter bemüht, eine gewisse Distanz in der Richtung republikanischer Auffassungen aufrecht zu erhalten, ist seine Einstellung gegenüber den Vorgängen in Oesterreich ausgesprochen von reaktionären Tendenzen eingegeben. So kommt es, daß er gegenüber der gegenwärtigen österreichischen republikanischen Heimwehrregierung des gemäßigten Fürsten Starhemberg, der sich beim Münchener Stillerputz von 1923 in der engsten Umarmung des nationalsozialistischen Trommlers befand, sich so folgenden Darlegungen verleiht:

„Der dreißigjährige Starhemberg verfiel über große Sympathien, die Heimwehrbrigade suchte ihm zu; andererseits war seine

begabte Vergangenheit und seine Jugendlichkeit des Charakters und Urteils ein Faktor, der die Bewegung ungünstig beeinflusste. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Heimwehrbewegung in Oesterreich eine begrüßenswerte, gesunde Volksbewegung darstellt, die für Vaterland, Heimat und Glauben eintritt und den entscheidenden Kampf gegen den in Oesterreich hochgewirtschaftlich gerichteten Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben hat. Der Bewegung fehlte und fehlt noch die innere Einheitlichkeit und die Klarheit ihres Programms, ihrer Mittel und Ziele und es fehlt ihr vor allem eine überragende Führerpersönlichkeit. Die Bewegung ist noch in Gärung begriffen, doch ist zu hoffen, daß daraus ein guter Wein wird.“

Müßte man nicht, daß es parteipolitisch-egoistische Einstellungen ist, die den Badischen Beobachter zu solch falschem und gefährlichem Urteil über die österreichische Heimwehr veranlaßt, so müßte man diese politische Kurzsichtigkeit unbegründet finden. Denn wie es tatsächlich mit der Heimwehr, dem Fürsten Starhemberg und dem „auten Wein“ in Oesterreich bestellt ist, zeigen die Marmelbunden, die täglich aus Oesterreich in die Welt dringen, weshalb mit dem Badischen Beobachter empfohlen, die Parteibrille etwas abzulegen, damit er die Vorgänge in Oesterreich sieht wie sie sind und nicht, wie sie die altösterreichische Reaktion gesehen wissen will.

Die Junglehrernot

Zur Junglehrernot wird uns geschrieben: Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, wenn man die finanzielle Lage, in die sich ein Volksschulkind oder ein Schullehrer begeben sieht, als „Not“ bezeichnet. Von 20 M bis 60 M liegt die Grenze ihrer Unterhaltungsbedürfnisse. Die im Staatsvoranschlag bewilligten Mittel aus dem Rechnungsjahr 1929 sind 1930 die gleichen geblieben, die Zahl der Junglehrer und Kandidaten aber um 184 gewachsen. Es ist wohl keiner unter den Schullehrern oder Kandidaten, der nicht die finanzielle Not des Landes kennt; keiner, der sich anmachen wollte, allzu große Anforderungen zu stellen, aber alle werden sich fragen, ob ein Zuschuß in der vorhandenen Höhe wirklich zum Lebensunterhalt genügen könnte. Wohl ist ein großer Teil der Schullehrer, die sich im jungen Einführungsjahr befinden und darüber hinaus, in den Internaten der Lehrerbildungsanstalten untergebracht. Aber auch diese können nicht alle Schullehrer aufnehmen. Die übrigen sind vielmehr in der Lage, als Einmohner der Städte Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz, bei ihren Eltern zu wohnen. Ein anderer Teil aber ist gezwungen, außerhalb des Heimatortes, in den vorbergaunten Städten des Einführungsjahres, Wohnung zu nehmen. Nun ist in den letzten Tagen eine Notiz des Ministeriums für Kultus und Unterricht durch die Presse gegangen, deren Inhalt bei den Junglehrern mit großer Genugtuung aufgenommen wurde. Aber es stehen doch eine ganze Reihe Junglehrer dieser Bekanntheit mit einer gewissen Skepsis gegenüber, was beim Gang der Dinge in den letzten Jahren begreiflich ist. Das Inausreichende einer Nichtaufnahme von Studierenden in die Lehrerbildungsanstalten kann und darf nicht nur ein „Wohlgeheiß“ sein, sondern es ist das einzige Mittel, das, mit jedwelligster Nachdrücklichkeit, im Interesse der Weiterentwicklung unserer Volksschule gefordert werden muß; denn nicht nur allein jene finanziellen Schwierigkeiten, die oben angedeutet wurden, sondern auch die seelischen Depressionen durch die überlange Warteseit, die sich bei einem jungen, hoffnungsvollen und berufsneugierigen Menschen einstellen müssen, wirken auf seine Schaffensmöglichkeit in einer Schulklasse überaus schädigend ein. Nur durch die Verhinderung von Neuaufnahmen und die Schließung der Lehrerbildungsanstalten an Ostern 1932 auf mindestens 3 Jahre ist es möglich, die Zahl der jetzt Auszubildenden und der nach 1935 Auszubildenden der Verwendungsmöglichkeit anzupassen.

Sie ist wieder da!

mit mild-süßer Mischung
mit modernisierter Packung
mit Sport-Lehrbildern und
Wertmarken



Gemeindepolitik

Die durch die Nationalsozialisten getäuschten Handwerker
Ein lehrreiches Kapitel zu den Gemeindevahlen
Im Kommunalprogramm der badischen Nationalsozialisten heißt es u. a.:

„Verbot der Übernahme gemeindlicher Arbeiten durch Stadtverordnete (Bürgerausschüßmitgliedern) und Stadträte (Gemeinderäte).“

Die Programmpunkte sind nun den Handwerkern von Müllheim in Oberbaden arg in die Knochen gefahren. Sie haben natürlich, wie sehr viele Handwerker in ganz Baden, am 14. September nationalsozialistisch gewählt und nun haben sie die Befehlsabteilung, der Beschlußfassung über die Sonderausgabe der Reichsabteilung und der Wahl der Reichsabteilungsleiter nach Vorträgen über Schiffahrts- und Weltwirtschaftsfragen, über Unfallgefahren und Unfallschutz der Schiffarbeiter, sowie über Sozialversicherung und Noterfordernisse vorzulegen.

Die Konferenz, die von 71 Delegierten besucht ist, wurde von dem Reichsabteilungsleiter Rudolph eröffnet. In seinem Begrüßungswort bezeichnet er es als die Aufgabe der Tagung, zwischen den einzelnen Fachgruppen einen noch engeren Kontakt herzustellen und einen Weg zu allgemeiner Arbeit im Kampf um die Wahrnehmung der Interessen der Schiffahrt zu bahnen. Die Grüße des Vorstandes des Gesamtverbandes überbrachte Müllheim. Unendlich viel für die Reichsabteilung noch zu tun. Ein wahres Laborbuch von Schwierigkeiten zeigte sich, als Rudolph in der

Nicht nur die Schiffahrt, auch ihr Arbeiter muß leben!

Reichskonferenz der Abteilung Schiffahrt im Gesamtverband

Im dem engeren organisierten Zusammenrücken der Schiffahrtsarbeiter noch mehr Festigung und Halt zu geben, trat am Samstag im Berliner Gewerkschaftshaus die Reichsabteilung für Schiffahrt im Gesamtverband zu ihrer ersten Reichskonferenz zusammen. Ein fröhliches Arbeitspensum hat sich die Konferenz zu bemächtigen vorgenommen. Als vorläufige Tagesordnung sind neben dem Bericht der Reichsabteilung, der Beschlußfassung über die Sonderausgabe der Reichsabteilung und der Wahl der Reichsabteilungsleiter nach Vorträgen über Schiffahrts- und Weltwirtschaftsfragen, über Unfallgefahren und Unfallschutz der Schiffarbeiter, sowie über Sozialversicherung und Noterfordernisse vorzulegen.

Die Konferenz, die von 71 Delegierten besucht ist, wurde von dem Reichsabteilungsleiter Rudolph eröffnet. In seinem Begrüßungswort bezeichnet er es als die Aufgabe der Tagung, zwischen den einzelnen Fachgruppen einen noch engeren Kontakt herzustellen und einen Weg zu allgemeiner Arbeit im Kampf um die Wahrnehmung der Interessen der Schiffahrt zu bahnen. Die Grüße des Vorstandes des Gesamtverbandes überbrachte Müllheim. Unendlich viel für die Reichsabteilung noch zu tun. Ein wahres Laborbuch von Schwierigkeiten zeigte sich, als Rudolph in der

Erstattung des Geschäftsberichts

der Reichsabteilung in großen Zügen einen Überblick über die von den freien Gewerkschaften für die Binnenschiffer, Seeleute, Hafenarbeiter und Wasserbauarbeiter geleistete und noch zu leistende mühselige Arbeit gab. Da ist der sogenannte „internationalisierte“ Rhein, auf dem fast ein halbes Dutzend Nationen Schiffahrt treiben, und wo infolge der starken sozialpolitischen und kulturellen Rineunterchiede im Schiffahrtspersonal geradezu phantastisch anmutende Hindernisse und Hemmnisse aufliegen. Die Rheinreederei komplizieren natürlich diese Schwierigkeiten noch, vor allem durch ihre Flucht unter fremde Flaggen. Nicht weniger als 60 Prozent der holländischen Fahrzeuge auf dem Rhein stehen unter deutschem Einfluß. Die deutschen Reeder machen sich künstlich selbst Konkurrenz und fordern dann, das Binnenschiffer und Hafenarbeiter durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Zehne zahlen. Diesem Spiel können die Arbeiter nicht tatenlos zusehen.

Sie müssen sich nicht nur bei Streiks, sondern in ihrer gesamten gewerkschaftlichen Arbeit für einander einsehen. Sie müssen dafür sorgen, daß die Tarifbestrebungen der einzelnen Fachgruppen sich nicht überschneiden und sie müssen auch im übrigen alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß für gewerkschaftliche Aktionen der Arbeiter der Schiffahrt jederzeit praktische Solidarität möglich ist. Nur durch fortwährende Zusammenhalten kann es auch möglich gemacht werden, daß gegenüber den Personalabbaubestrebungen der Unternehmer mit Hilfe der Technisierung und Rationalisierung rechtzeitig für genügend starke Besetzung der Schiffe und Beklegung der Arbeitsposten in den Hafenbetrieben Sorge getragen wird. Nur auf diese Weise läßt sich auch die trotz verheerender Schussvorrichtungen gerade in der Schiffahrt und im Hafenbetrieb rapid zunehmende Unfallziffer eindämmen. Nur durch einen Zusammenhalt und Verständigung kann auf den gesamten deutschen Wasserstraßen verhindert werden, daß die Kleinrentner, die von den Großen erdrückt wird, sich lediglich auf Kosten der Arbeiter über Wasser hält. Gegenüber den großen Reederbetrieben und deren Verfechter hinter fremden Flaggen kämpfe gegen die sozialpolitische Rückständigkeit der ausländischen Schiffahrt können nur internationale Aktionen helfen.

Das internationale Hafenarbeiter-Schutzabkommen

muß auch von Deutschland und zwar möglichst bald ratifiziert werden.

den Nacht- und Sonntagsarbeit erfordern eine sozial-erträgliche Regelung. Hier ist für die Binnenschiffer, für die Hafenarbeiter und für die Seeleute in Genf noch viel zu verbessern. Anläufe zu Fortschritten sind da, wie die Fragebogen über die Arbeitszeit der Seeleute und ihre Krankenversicherung, über den kulturellen und sittlichen Schutz der Seeleute in den Häfen, über den Beschäftigungsnachweis nautischer und technischer Schiffsoffiziere zeigen, aber den Anläufen zum Fortschritt müssen Taten folgen. Zur Sicherung der Existenz der unständigen Arbeiter in den Häfen, die durch Abbau des Arbeitslosenstandes von neuem bedroht war, sind einige Erfolge erzielt worden. Nur den freien Gewerkschaften ist es vorbehalten, wenn trotz der Bede gegen die Arbeitslosen eine Regelung geschaffen werden konnte, wenn sie auch nicht in allen Beziehungen, immerhin die Arbeitslosenversicherung für unständigen Arbeiter in unendlichen Klagen und Streitigkeiten eine ganze Reihe kleiner Einzelereignisse erzielt worden, die zusammengekommen durchaus nicht als Bagatelien erscheinen. So liegen z. B. die Löhne der Wasserbauarbeiter heute im Durchschnitt 12 bis 13 Prozent höher als die der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Auch bei den Betriebsräten der Wasserbauarbeiter sind schöne Fortschritte erzielt worden.

Jeder Arbeiter der Schiffahrt muß angesichts dieser Summe wertvollster Leistung ganz von selbst zu der Erkenntnis kommen, daß eine große Kraft am Werke sein muß, wenn auf einem so riesigen und dornigen Terrain mit Erfolg gearbeitet werden soll. Es ist die Kraft des Gesamtverbandes, die die gewerkschaftliche Arbeit der Reichsabteilung durchführt. Allein tausendfach mehr herausgeholt werden, wenn die freierorganisierten Binnenschiffer, Hafenarbeiter, Seeleute und Wasserbauarbeiter nicht für eigene Kraft unter dem Schffel stellen. Bei etwas mehr Rüstigkeit und Fleiß, aus einem Fioh einen Elefanten zu machen, könnte bis zum nächsten Berichtsjahr der Stand der Mitgliederzahl von 94 auf mindestens um 50 Prozent erhöht werden.

Die Aussprache über Rudolphs Bericht brachte im weitestgehenden Einklang mit dem Grundgedanken und dem Ziel des Zusammenfassendes. So wurde vielfach gleicher Ablauf der Tarife der einzelnen Fachgruppen gefordert. Für die Fachgruppen selbst verlangt man soweit als möglich Schaffung großer Reichstareife, so z. B. Schaffung eines Reichsamtentariers für Hafenarbeiter. Das ist ein besonderes Draufs für die Probleme der einzelnen Gruppen der Reichsleitung wurde als bedauerlicher Mangel empfunden, wenigstens die mit der Schaffung eines solchen Draufs verbundenen Kosten nicht übersehen wurden. Gefordert wurde fernere größere Sicherung der Hafenarbeiter, vor allem in den Zentren der Häfen, wo sich Des- und Spelietfabriken befinden und viele Fabrikarbeiter zur Arbeit am Kat verwendet werden. Ebenfalls durch Sicherung von Matrosen beim Laden und Löschen der Schiffe, durch Schaffung von Matrosenvereinen, die die Schiffsbesatzungsbedürfnisse decken werden. Beachtung verdient auch der Hinweis, daß die Organisationsarbeit unter den Seeleuten außerordentlich erschwert wird nicht nur durch den kurzen Aufenthalt der Schiffe in den Häfen, sondern auch durch Schikanen gegenüber den gewerkschaftlichen Vertretern, die in der Arbeitspause zwischen 11 und 1 Uhr an Bord gehen wollen. Gegenüber Kommunisten, die an Bord gehen, ist man bei den Reedern nie nachsichtiger und großzügiger, als wenn sie nicht zum Bord gehen, sondern für den Aufenthalt am Bord eingeladen. — Fast alle Delegierten wiesen nachdrücklich auf die Rationalisierung und Rerringerung des Arbeitsbetriebes in den Häfen und in der Schiffahrt hin.

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 16. Oktober)

Rudolf Franz Wenz wird auf Antrag das Bürgerrecht gewährt. — Da sich zur Gründung eines Ortsausschusses zur Bekämpfung und freiwilligen Sammlung gegen Krebskrankheit niemand bereit erklärt, so sollen etwaige Gaben für diesen Zweck vom Bürgermeisterrat entgegengenommen werden. — Von dem Angebot von Schäden seitens der Wofframer Gesellschaft zur Straßenherstellung zum Preis von 170 RM. per Lonne wird mit Rücksicht auf Beschäftigung von Gemeindefolien beim Steinbrechen kein Gebrauch gemacht. — Betreffs Entlassung an der neuerefindenden Ritterstraße soll nächsten Sonntag seitens des Gemeinderats persönliche Inaugenscheinnahme stattfinden. — Ein Bürgergezeug wird in Form von Naturalienlieferung erledigt; zwei ebensolche Gesuche amends näherer Erkundigung zurückgestellt. — Der vom Gemeinderat gestiftete Grundstückskauf zur Erstellung eines neuen Schwes soll dem Bürgerausschuss amends Genehmigung als Vorlage unterbreitet werden. — Für den Jarenfall sollen Futterrüben angekauft werden.

Genrat. In der am Samstag, 19. d. M., in Gasthaus „Zum Hirsch“ stattgefundenen öffentlichen Wählerversammlung sprach Gen. Bezirksrat Hänle über „Die Bedeutung der Gemeindevahlen“. Der Redner verwies darauf, daß es oft den sozialdemokratischen Parteimitgliedern nicht möglich war, die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen, da die reaktionären bürgerlichen Parteien über die Mehrheiten verfügten. — Anschließend sprach Gen. Gemeinderat Schäfer über die örtlichen Verhältnisse. Der Redner verstand es vorzüglich, alle einschlägigen Fragen darzulegen. An der Diskussion beteiligten sich zwei Kommunisten, die recht trautes Zeug schwiäten. Gen. Hänle gab als Kenner der Gemeindepolitik den Diskussionsrednern über alle angegriffenen Fragen Auskunft. Er erwähnte die Wähler, nur die Vertreter der Sozialdemokratie zu wählen, denn diese Partei allein ist die Vertreterin des arbeitenden Volkes. Gen. Vogel schloß um 11.30 Uhr die Versammlung.

Aus der Stadt Durlach

Geschäftsjubiläum. Die Firma Waldemar Kuttner, Durlach, begeht am 23. Oktober ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum. Die Etappen der Entwicklung des über Durlach hinaus bekannten und angesehenen Geschäfts sind folgende: Gründung der Firma Waldemar Kuttner am 23. Oktober 1905. Eröffnung einer Niederlassung in Florasheim im Jahre 1918. Zusammenschluß seit Anfang 1929 mit der seit über 35 Jahren hier bestehenden Firma: Berg und Strauß zu der jetzigen Firma Berg u. Strauß und Waldemar Kuttner.

Schluß mit den Hitler-Promokationen

Die gemißtenlose und infame Bege gegen den Durlacher Reichshonoremann und Sozialdemokraten Otto Reike, die Haltung und das gemeine Benehmen einzelner Durlacher Nationalsozialisten in dieser Sache, wodurch Reike zu einer Verweisungslage getrieben wurde, die geradezu niederträchtige Schreibweise des nationalsozialistischen Führers in seiner Ausgabe vom vergangenen Mittwoch, wo die honorierende Genennung Reikes mit der Drohung begrüßt wurde, daß nun ja Gott sei Dank Gelegenheit gegeben sei, Otto Reike vor einem nationalsozialistischen Gerichtshof im sogenannten „Dritten Reich“ abzuurteilen, alle diese Faktoren haben zusammenwirkend die Durlacher Arbeiterklasse zu einer entschlossenen Aktion aufgeführt.

Wenn Durlach in den letzten Tagen im Zeichen gewaltiger Straßendemonstrationen stand, die eine entschiedene Kampfanfrage

gegen diesen nationalsozialistischen kalten Terror bedeuten, so sind um dieses Zustandes willen, den niemand weniger wünscht als das Durlacher Proletariat, diejenigen anzulagen, die seit Jahr und Tag ungebündelt die Arbeiterschaft und ihre Führer in Wort und Schrift beschimpfen, beleidigen und provozieren.

Wir fragen an! Wie lange dürft in den Redaktionsstuben des Führer der Herren „Pa“ Dr. Wader und Moraller, wie lange dürfen in der Gewerkschaftsstelle der NSDAP die Herren „Pa“ Wagner und Kemper diese volksverehrende Tätigkeit noch ausüben? Wir fragen an! Wenn wir auch nicht so blutrünstig sind, daß wir es wünschen würden, daß die Köpfe dieser eblen Herren legal in den Sand rollen sollen, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß die noch nicht einmal das Existenzminimum aufweisende Gehirnmasse den Arbeitsaufwand (des Köpfens nämlich) nicht lohnt, so müssen wir dennoch — eben weil wir wissen, daß die Arbeiterschaft mit ihrer Gebuld am Ende ist — fordern, daß diesen Drahtzieher das Handwerk gelegt wird.

Wir fragen an! Wo bleibt das Ermittlungsverfahren im Selbstmordverfug Otto Reike! Wann werden Wader und Wagner, Moraller und Kemper gemeinsam mit den Durlacher Doktern auf der Anklagebank sitzen? Die Arbeiterschaft kann und wird sich nicht beruhigen, solange dieses verbrecherische Treiben nicht seine Sühne gefunden hat. Wir wollen den Entschlüssen der Staatsgewalt nicht nachgeben, aber wir erheben hier in aller Deutlichkeit die Anklage, verbunden mit der Forderung, die unmittelbaren und mittelbaren Schuldigen an den Vorgängen in Durlach sofort und gebührend zur Verantwortung zu ziehen!

Jugend

An alle Ortsvereine der SAJ!

Jugendgenosseninnen und Jugendgenossen! Der für den 25. und 26. Oktober vorgegebene Kurs mit dem Thema: „Sozialismus und Faschismus“ kann an dem Tag leider nicht stattfinden. Wir sehen deshalb als neues Datum den 2. und 3. November. Der Kurs beginnt am Samstag abend um 8 Uhr und findet in der Jugendherberge in Durlach statt. Jeder Ortsverein ist berechtigt, fünf Delegierte zu entsenden. Diese müssen umgehend angemeldet werden, damit eine Liste über die Kursteilnehmer genommen werden kann. Wichtig ist dabei die Altersangabe und Zeit der Anwesenheit in Durlach. Näheres am nächsten Dienstag an gleicher Stelle.

Die Kreisleitung

Redakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Polit. Staat Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, Badische Chronik, Aus Mittelhessen, Durlach, Gerichtszeitung, Die Welt der Frau: Sexmann, Welter, Groß, Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt und Wandern, Ausflüge: Josef Cielec. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Amtliche Anzeigen in Karlsruhe in Baden, Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreund u. m. b. H., Karlsruhe.



Sil beseitigt Flecke

Ist ein Wäschestück durch Wein-, Kaffee- und Kakaoeflecke, Obstflecke, Blutflecke u. a. m. verunziert worden: Seien Sie ohne Sorge! Sil ist ein einfaches unschädliches Mittel zu ihrer schonenden und sachgemäßen Beseitigung. Strecken Sie das betreffende Teil einfach in die kalte Sillauge, kochen Sie es einmal eine Viertelstunde — zu Ihrer Überraschung sind die Flecke verschwunden, und das Wäschestück erfreut Sie wieder durch vollkommene Sauberkeit und reinweißes Aussehen.



zum Bleichen ohnegleichen!

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: (M) Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?



Die beste Reklame ist die gute milde Qualität! Vollmer-Stumpfen!!!

Hohezeit-, Cutaw-, Smoking- u. Grad-Anzüge, halt neu, haltend bill. abzugeben. Gähringerstr. 58a, 11.

Hilbert, Ehepaar, gebürtig aus Karlsruhe, ab 1. Jan. 31. in Karlsruhe, Wohnort: Karlsruhe, Gähringerstr. 58a, 11.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

22. Oktober: 1729 Naturforscher Johann Reinhard Forster. — 1854 Schweizerischer Schriftsteller J. Gottlieb. — 1878 Berliner Freie Presse unterdrückt. — 1883 Maler Albert Dohmbach. — 1893 Sozialistischer Parteitag Köln a. Rh. — 1921 Rücktritt des Kabinetts Wirth. — 1925 Französischer Gewerkschaftsführer Merxheim. — 1926 Baubeginn Mittellandkanal.

Für Karlsruher nationalsozialistische Geschäftsleute beachtlich

Die Kürzung der Beamteneinkünfte wird sich nicht zuletzt bei der Wirtschaft und der Geschäftswelt auswirken. Die sogenannte Reichsbilanz hat z. B. der Badischen Beamtenbank, die ihren Sitz in Karlsruhe hat, eine Verminderung der monatlichen Gehaltsentzüge um eine halbe Million Mark gebracht. Bei der Einführung des von der Regierung beschlossenen Gehaltsabzuges von 6 Prozent wird sich dieser Betrag auf rund 1,1 Millionen Reichsmark monatlich erhöhen. (Kundschau der Bad. Beamtenbank Nr. 9/10). Das bedeutet einen Gehaltsausfall von rund 13 Millionen Reichsmark jährlich nur bei den Beamten Badens, die Mitglieder der Beamtenbank sind. Dieser Gehaltsausfall kann nur durch eine entsprechende Verminderung des Warenverbrauchs ausgeglichen werden, was sich ganz von selbst am nachteiligsten auf die Geschäftswelt selbst auswirkt.

Ueber diese Miße und nackte Rechnung mögen alle jene Wirtschaftsbetriebe einmal mit der Ruhe des rechnenden Geschäftsmannes nachdenken, die so gern und schnell einem generellen, jedem sozialen Einfluß entbehrenden Gehaltsabbau bei den Beamten das Wort reden, sowie auch jene Kreise des Mittelstandes, die so gern auf die Beamten schimpfen. Es ist Tatsache, daß gerade dem Einfluß der gegen die Beamtenschaft eingestellten Wirtschaftskreise die Gehaltskürzungen mit zuschreiben sind. Daß man sich damit aber ins eigene Fleisch schneidet, zeigt obige Rechnung der Bad. Beamtenbank.

Stakenkruzbanditen bei ihrer „Berufsarbeit“

Der Polizeibericht meldete gestern kurz, daß ein Mann mißhandelt worden sei, offenbar aus Rache darüber, weil er Anzeige erstattete, daß die überlebten Plakate weggerissen wurden. Zu dieser Sache erfahren wir noch folgendes: An der Plakataule bei der Waldhornstraße stand ein Polizeibeamter. Zwei Studenten kamen hinzu und fragten den Polizisten, wer die Plakate (Einladung zu einer Nazi-Versammlung) ausgelegt habe. Der Polizist gab zur Antwort: „Kann Ihnen gleich sein, gehen Sie weiter“. Offenbar mit der Antwort nicht zufrieden, gaben nun die beiden Studenten ihre hakenkreuzerliche Gesinnung kund, indem sie laut: „Ihre Herrlichkeit wird wohl am längsten andauern haben.“ Die Studenten und ein seine Frau begleitender Herr, der wegen des Abnehmens des Plakates Anzeige erstattete, ließen nun dem Durlacher Tor zu und die Studenten begaben sich zu drei Burtschen und unterhielten sich mit ihnen, während das besagte Ehepaar weiterlief. Das Ergebnis der Unterredung bekam das Ehepaar in dem Moment zu verspüren, als es das Haus ihrer Wohnung erreichte. Als es sich nämlich an der Türe befand, sprang einer der schon genannten Burtschen auf den Ehemann zu und schlug mit einem Gummiknüppel auf ihn ein. Auch die anderen beiden Komplizen, die bislang auf dem Gehwege sich befanden, traten näher und hieben ebenfalls auf den Mann ein. So ergab es also einem Bürger, der gar nichts anderes tat, wie seine Pflicht als Staatsbürger und anständiger Mensch erfüllte. Und ausgerechnet eine so akademische Jugend ist es, die käufliche Lumpen dazu animiert, daß sie gegen einen solchen Staatsbürger tätlich werden und nach Räuberart auf ihn einschlagen.

Glaubt man in maßgebenden Kreisen noch nicht, daß es höchste Zeit ist, die S. W. Abteilungen der Hakenkreuzler, die derartiges Geschick beiderseitig und zum Schanden erweist, zu verbieten? Wenn es ja so wenigstens, wäre bald jeder Bürger, der die Hakenkreuzerpest bekämpft, nicht mehr sicher, daß er überfallen wird.

Morgenfeier für Robert Seidel

Unser Arbeiterdichter und -sänger Robert Seidel, der sich vom einfachen schaffenden Weber zum Professor an der Technischen Hochschule und Universität Jülich durch Energie und Selbststudium emporgearbeitet, weist in den nächsten Tagen in unserer Stadt. Er folgt einer Einladung der Typographie zu ihrem Stiftungsfest am kommenden Samstag, die diese Veranstaltung unter dem Leitwort „Uhlmann und Seidel-Feier“ bezieht. Nichts liegt nun näher, als daß die Gewerkschaften der Stadt Karlsruhe diesem alten Kämpfer für soziale Gerechtigkeit diesem unerschrockenen Sänger für Freiheit, Recht und Menschlichkeit eine Huldigung darbringt und ihm hier eine Vorfeier seines am 23. November stattfindenden 80. Geburtstages abt, die ihm sicher eine unerwartete Freude in seinen alten Tagen bringt. — Bei der Feier, zu der die Partei, das Gewerkschaftsamt und das Sängerkorps aufzurufen, wirken das Sängerkorps, das Gemeindefestkomitee unter Leitung des Kapellmeisters Gehr und vielleicht noch ein Rezitator mit. Die Ansprache wird ein guter Redner, ein feiner Dichter und Wortschöpfer halten. Zu den Unkosten wird ein kleiner Beitrag von 20 Pfg. erhoben. Es ist Pflicht aller Hakenkreuzer Arbeiter, zu erscheinen. Näheres Programm wird noch bekanntgegeben.

Der tapfere Stahlhelmann

Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wird uns geschrieben: In der Brauerei Schrempf-Prinz war ein Brauer namens Deesel beschäftigt, welcher durch sein rohes Auftreten und wiederholten tätlichen Anarissen gegen Mitarbeiter entlassen werden mußte. Auch in seiner früheren Arbeitsstelle im Baver. Brauhaus, wo er durch Vermittlung des Bezirksleiters Hilfe eingestellt worden war, hat er einen Kollegen auf den Mangel getreten, daß derselbe eine schwere Operation mitmachen mußte und derselbe dauernd an seiner Gesundheit geschädigt ist. Als er in die Brauerei Schrempf kam, glaubte er wahrscheinlich, so fest zu sitzen, daß er eine Operation nicht mehr braucht und suchte auch in diesem Sinne auf die anderen Arbeiter einzuwirken und durch fröhliches Schimpfen auf die Verbandsleitung dies zu erreichen. Nachdem ihn nun aber das Schicksal ereiligt hat, sucht er mit allen Mitteln wieder in den Betrieb hineinzukommen. So hat er nunmehr an den Obmann des Betriebsrats folgende Karte geschrieben:

Karlsruhe, den 11. 10. 30.

Bester Kollege!

Teile dir kurz mit, daß ich ein schriftliches Protokoll von der letzten Sitzung des Enbrelutrat zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von dem Betriebsrat der Firma in Hand haben mag, um Klage einzulegen bei dem Arbeitsgericht. Bitte dich daselbst mir sofort zu senden zu wollen.

Achtungsvoll

Karl Deesel, Wilhelm Str. 21 Biet.

Schlußsitzung des Bürgerausschusses

Die Bilanz der letzten vier Jahre

Der jetzige Karlsruher Bürgerausschuß trat gestern zu seiner letzten Sitzung, also der Abschlußsitzung, zusammen. Sie dauerte nur kurze Zeit, nur eine halbe Stunde, trotzdem 6 Vorlagen zur Beratung standen und außerdem der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, noch einige Abschiedsworte an die Versammlung richtete.

Der Bürgerausschuß wollte wohl wenigstens in seiner Abschlußsitzung beweisen, daß Taten besser sind als Worte, denn getrocknet ist in den vergangenen vier Jahren auch in der Karlsruher Bürgerausschlußsitzung recht viel gesprochen, das Redebehagen plätscherte doch sehr munter, so daß etwas weniger bedeutend mehr bedeutet hätte. Aber „Ende auf, alles auf“, haben sich unsere Stadtmütter und Stadtväter gestern gesagt und man ging zur Tat über, ohne lange Worte dabei zu gebrauchen. Und dies, trotzdem die Neuwahlen vor der Tür stehen, welche Geistesarbeit meistens dazu benützt wird, um die lässlichen Nachreden zu halten. Aber auch auf diese versicherten die Parteien, was doch gewiss etwas heißen will. Zwar brachten die Kommunisten noch einen Dringlichkeitsantrag ein, der aber gar nichts anderes war als ein Agitationsantrag, eine leere Geste, um nach außen zu zeigen, wie die KPD für die Interessen der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft eintritt. Bei dieser Gelegenheit setzten sie aber wieder einmal, daß sie nicht einmal die Gemeindeordnung kennen, denn sonst müßten sie gewußt haben, daß dieser Antrag zu behandeln gar nicht zur Kompetenz des Bürgerausschusses gehört, daß über solche Anträge der Bürgerausschuß gar nicht zu entscheiden hat. Aber was braucht denn ein weltrevolutionärer Stadtrat oder Stadtvater die Gemeindeordnung zu kennen, die Hausfische ist, daß er in geradezu lächerlicher Manier die Mostauer Karole befolgt.

So gestaltete sich das Finale der jetzigen Bürgerausschlußsitzung zu einem recht kurzen, ohne daß dabei jedoch die Belange der Bürgererschaft zu kurz gekommen wären.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Finter, in flehempfindlichen Worten des künftigen Bergwerksunfalls die Nachen. Die Versammlung gab ihre Anteilnahme durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck.

Die Vorlagen selbst wurden alle einstimmig angenommen, meistens sogar ohne Debatte. Keine Neigung zu einer Aussprache bestand bei den Vorlagen Grundstücksveränderungen, Erwerb von Straßengrundstücken, Gelandetausch am Rheinbühlchen, sowie Straßens- und Kanalneubauten. Die Vorlage des Baues einer Brücke über die Alb zwischen Weierfeld und Dammersdorf rief einige Vertreter auf den Plan, um dieser, im Interesse dieser beiden Stadtteile gelegenen Brücke vorzubringen. Von sozialdemokratischer Seite tat dies in prägnanter Weise Genosse Stadtm. Raßfäcker. Die Sitzungen für die Gewerbe- und Handwerkskammern fanden ebenfalls noch unwesentlicher Diskussion einstimmige Verabschiedung.

Was hat der Bürgerausschuß geleistet?

Am Schluß der Sitzung gab Herr Oberbürgermeister Dr. Finter in kurzen Strichen ein Bild über die geleistete Arbeit des Bürgerausschusses in den vergangenen vier Jahren. Es war eine reiche Arbeit, die der Bürgerausschuß vollbracht hat, eine reiche, weittragende Beschäftigung geleistet. 41 Sitzungen fanden statt, darunter 4 Haushaltsberatungen, 231 Sonderberatungen sind vorgetragen worden, davon 6 zur Kenntnis gebracht und 225 zur Beratung, 2 Vorlagen verfielen der Ablehnung, 3 wurden zurückgenommen, 1 dem Ausschuß übergeben und 219 fanden Genehmigung. Von den Vorlagen waren einige von recht weltentfesselter Natur: 3 Vorlagen betrafen die Bannmeile der Stadt, so z. B. die Einmündung von Bauland, Kettendörf und eines Teils der Gemeinde Hartwald. Das Stadtgebiet hat sich dabei um 1979 Hektar vergrößert. Ein besonderes Kapitel bildet der Wohnungsbau. In den letzten vier Jahren wurden dafür 2 1/2 Millionen Reichsmark bewilligt, davon waren aus der Gebäudeversicherer 6 1/2 Millionen, 6 1/2 Millionen Kommunalanleihen, an fremden Geldern mußte die Stadt 8 1/2 Millionen aufbringen. Es wurden 4200 Wohnungen erstellt, das ist 1/10 des gesamten Wohnungsbestandes der Stadt. Der Wohnungsbau entsprechend mußten auch neue Straßen erstellt werden, auch wurde der Bau dreier Brücken über die Alb genehmigt. Ein ganz besonderer Schritt zur Sanierung der Stadt wurde durch den Verkauf des alten Bahnhofsareals eingeleitet. Zur Förderung von Handel und Industrie sind Verbesserungen am Rheinbühlchen vorgenommen worden, außerdem ist es gelungen, die Verkauf hier zu behalten und die Mischel- und Fabrik hierher zu bekommen. Die Stadtwerke erwarben durch die Errichtung des präparierten Wasserwerkes bei Weierfeld eine Bereicherung. Das Straßenbahnnetz wurde durch die Rheinheimer Linie erweitert und die Strecke Durmersheim elektrifiziert.

Auf dem Gebiete der Volksgesundheit ist durch die Errichtung des Strandbades Rappewörth ein großes Stück Arbeit geleistet worden. Auf dem Gebiete des Schulwesens ist der Neubau der Schule in Weierfeld und der Erweiterung der Schulen in Karlsruhe zu nennen. Kunst und Wissenschaft finden Unterstützung vor allem durch den Landeshoher-Vertrag zwischen Stadt und Staat. Außerdem konnte die Hochschule für Musik in das Rappewörth überführt werden.

Der Oberbürgermeister betonte, daß der Bürgerausschuß seine Fülle von Arbeit geleistet habe, die zum Segen der Gemeinde auswirken werde. Er habe diese Arbeit mit Ernst und Fleiß geleistet, wofür ihm Dank gebühre. Mit dem Wunsch „Auf Wiedersehen!“ der in Anbetracht der Neuwahlen bei vielen Mitgliedern der Versammlung, schloß der Oberbürgermeister seinen Bericht und damit auch die letzte Sitzung der Wahlperiode 1926/30.

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung

Wie alljährlich, so veranstaltet das Gewerkschaftsamt auch diesen Winter wieder einen Bildungsfuror, dessen erster Vortrag am Montagabend im Volkshaus stattfand. Gen. Dr. Engler, der Präsident des Landesarbeitsamts Frankfurt a. M., sprach über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Vor dem fast vollen Volkshausaal führte Gen. Dr. Engler aus, daß das Institut für Konjunkturforschung festgestellt hat, daß durch die Rationalisierung 1,5 Millionen Menschen aus der Produktion ausgeschaltet wurden. Eine Sitzung auf dem Arbeitsmarkt bildet auch die Sperrung der Massen, die allenthalben durchgeführt ist. Weiter ist auch die durch den Krieg eingetretene allgemeine Verarmung des Volkes eine Ursache der Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt eine völlige Umwälzung der Bevölkerungszahlen, denn die Menschen werden heute durchschnittlich 20 Jahre älter als früher, so daß der einzelne heute viel länger im Arbeitsprozess steht als früher. Wir haben die Tendenz zu verzeichnen, daß die Wirtschaft alle Arbeitskräfte aufnehmen hat, die bei normaler Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aufgetreten sind. Genau die 3 Millionen Arbeitslose, die wir heute haben, sind Produkte einer normalen Entwicklung. Solange wir aber an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft die sozialistische setzen können, müssen wir uns an die Geleise der kapitalistischen Wirtschaft halten. Die Unternehmer beantragen heute Gewinne, die weit über das hinausgehen, was man einen normalen Gewinn nennen kann. Die gesamte Privatindustrie wird heute beherrscht von einigen Direktoren der großen Banken, die ihr unter oft geringer Sachkenntnis diktieren. Wir haben für die Preislenkung sehr starke Hemmungen und die Arbeitslosigkeit ist recht, wenn sie sagt: Senkt ihr erst einmal die Preise, bevor ihr uns zumutet, die Löhne abzubauen.

Der Redner behandelte sodann die Frage, wie die Arbeitslosigkeit zu beheben ist und glaubte davor warnen zu müssen, die Hoffnungen auf eine rasche Verflüchtigung der Arbeitslosigkeit zu setzen. Auf die Dauer würde dies keine Wirkung verheßen. Wenn die Arbeitslosigkeit verflüchtigt würde ohne Veränderung der Wirtschaftsstruktur, wäre der Arbeiter nachher ärmer als vorher. Die Arbeitslosenfrage ist nur so zu lösen, daß diejenigen, die ein einigermaßen gutes und sicheres Einkommen haben, Opfer bringen derauf, daß aus den Unterhaltungen, die die Arbeitslosen beziehen, Arbeitslöhne gemacht werden können. Die radikale Verflüchtigung der Arbeitslosigkeit würde nur bringen: weniger Lohn, höhere Preise und die Arbeitslosigkeit würde doch nicht beseitigt. Man darf in einer gut organisierten Wirtschaft die Arbeitslosenfrage nicht immer noch Standpunkt der Technik aus betrachten. Sondern die Frage ist so zu stellen: Wie lange muß gearbeitet werden, um alles das zu erzeugen, was die Bevölkerung braucht.

Wir müssen dafür sorgen, daß wir eine Partei werden, die die Macht hat zur völligen Umgestaltung der gesamten Wirtschaft. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und löste eine rege Diskussion aus, in der besonders den Schlußfolgerungen des Genossen Engler aus einer Verflüchtigung der Arbeitslosigkeit entgegengetreten wurde. In seinem Schlußwort bekräftigte

Die Brauereiarbeiter protestieren gegen beabsichtigten Lohnabbau

Am Montag, 20. Oktober, abends 5 Uhr, fand im Volkshaus in Karlsruhe eine stark besuchte Professorensammlung der Arbeitererschaft der mittelbadischen Brauereien statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem Diktat der mittelbadischen Brauereien in Karlsruhe“.

Der Bezirksleiter Koll. H. I. A., erläuterte zunächst nachdrücklich die Ursachen, welche zu einem so harten Rückgang des Bierpreises geführt haben, die insbesondere in der Steuererhöhung liegen. Alle Himmelsteile der besetzten Seite, daß die neue Biersteuer erhöht die Einnahmen für den Staat bringen werden, wurden als mals von den maßgebenden Stellen einfach nicht gehört. Auch der Antrag, der die Angelegenheit und Arbeiter, welche durch die Biersteuer arbeitslos werden, in den Genuss einer erhöhten Erwerbslosenunterstützung bringen sollte, wurde abgelehnt. Nun sind die Brauereien, die es wohl verstanden haben, die erhöhte Steuer auf den Konjunkturabbau abzuwälzen, daran, die schon damals machte Ausrückung des Sondirus Dr. Schmidt vom dem Brauerbund in die Tat umzusetzen und dieses in einer Weise, die an Einseitigkeit und diktatorischer Machtanspruch über die bestehenden Tarifverträge hinweg durchgeführt werden soll.

Die Verammlung hat jedoch in der Aussprache entschieden, die in Frage kommende Arbeitslosigkeit nicht willens ist, dieses Diktat einfach hinzunehmen, sondern sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, wie folgende Entschlüsseung lautet:

„Die heute, den 20. Oktober 1930 im Volkshaus“ in Karlsruhe tagende Versammlung der Brauereiarbeiter stellt fest, daß die mit Lohnkürzung verbundene Einschränkung der Arbeitszeit eine Einbuße in den Tarifverträgen bedeutet. Eine Veränderung der Tarifbestimmungen über Lohn und Arbeitszeit kann nur von den Tarifparteien getroffen werden.

Das einheitliche Diktat des Sondirus des Mittelbadischen Brauereiverbandes ist daher ein satter Tarifbruch, für welchen die Versammlung des Mittelbadischen Brauereiverbandes festhält und sich alle Schritte dazu vorbehält. Außerdem verpflichtet die Versammlung, solchen Anordnungen keine Folge zu leisten und mit allen Mitteln entgegenzutreten.“

Letzter Flugtag auf Rappewörth

Die „Seehmalbe“ zieht wieder heimwärts. Heute Mittwoch finden die letzten Runds- und Sonderflüge der „Seehmalbe“ statt. Mit Interesse wurde der statische Bau von der Karlsruher Bevölkerung verfolgt, wenn er im Winter über der Stadt seine Schwingen breitere und einige nehmungsreiche Passagiere durch die Lüfte trug. Das Flugzeug seines Motors löste immer wieder Neugierige an die Fenster, was gerade aus der Straße weile, redte den Kopf und bestaunte das Flugzeug, das in rubiger Bahn seine Kurven zog.

Auch für heute sind wieder eine Anzahl von Freifliegern auslosung gelangt, sie fielen auf die Eintrittskarten mit den folgenden Nummern: 90 015, 90 093, 90 127, 90 342, 91 993.

Die Beachtung, deren sich die „Seehmalbe“ während ihrer noch an den letzten beiden Tagen zuteil werden wird ihr wohl erwünscht sein über einen neuen „Arbeitsplatz“ liegt, bekräftigen die besten Wünsche der Karlsruher Bevölkerung.

Büdo flüssig

pflegt und erhält feinfarbige Schuhe und färbt nie ab

Der Gründer und Seniorchef unserer Firma, Herr

Gottlob Schneider

wurde uns im Alter von nahezu 74 Jahren nach längerer Krankheit heute durch den Tod entzissen.

Ein Vierteljahrhundert hat er mit Weitblick und nie ermüdender Hingabe die Geschicke unserer Firma geleitet. Seinem umfassenden Wissen und seiner unerschöpflichen Tatkraft verdanken wir die heutige Bedeutung unseres Unternehmens.

Sein schlichtes, lautes Wesen und seine außergewöhnliche Schaffensfreude werden uns stets ein Vorbild sein.

ETTLINGEN, den 19. Oktober 1930.

G. Schneider & Söhne, G. m. b. H.

Todes-Anzeige

Nach langem, qualvollem Leiden, welches er sich im Kriege zugezogen hat, starb geliebt und weint, im Alter von 38 Jahren, Herr

Karl Nagel

Karlsruhe, den 22. Oktober 1930.
Trauerhaus: Huboldstr. 13

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag vormittag 11 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Anteilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen

Georg Bender

Gastwirt

sprechen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank aus.

Insbesondere danken wir Herrn Stadtpfarrer Haas für die trostreichen Worte, Herrn Willy Eder für sein erhellendes Colloquium und dem Gesangsverein der Firma v. Steffeln für den erhebenden Gesang.

Ein recht herzliches Vergeltet Gott dem Wirteverein, der kath. Werkjugend, der „Lays“ und unsern lieben Stammesleuten für die ehrenvollen Nachrufe, sowie allen Kranz- und Blumenspendern.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Emma Bender Witwe und Kinder.
Karlsruhe, den 21. Okt. 1930.

Gute und preiswerte Möbel aller Art!

Einige Beispiele:

- Schlafzimmer Birke, kompl. 485.-
- Schlafzimmer Eiche, kompl. 540.-
- Küche nat. lasiert 175.-
- Wohnzimmer Eiche 340.-

Max Filcher
Möbelwerkstätte u. Lager
NUR Hagfeld, Endstatten Linie
Lieferung frei Haus
Bei Umarbeitung, Reparaturen, Aufpolieren werden Möbel kostenlos abgeholt mit eigenem Auto!

Zurück!

Facharzt Dr. Erich Adler

Magen-, Darm-, Leber-, Zuckerleiden
Solfenstraße 5 Telefon 1972

Achtung!

Brennholz Buchen und Tannen gemischt trocken, sperrfertig, pro Kettmeter 2 Mark. Bündelholz 30 Bündel 5 Mark, alles frei Keller Karlsruhe und Umgebung.

Schorpp & Co., Holzhandlung

Durmersheim i. B.

Winterfahrplan der städt. Straßenbahn

Der Winterfahrplan gelangt am Donnerstag, den 23. Oktober 1930 zur Einführung.

Die Früh- und Spätzüge sind aus den alten End- und Umsteigehaltestellen angebrachten Fahrplänen ersichtlich.

Jahresfahrpläne sind in den bekannten Kartenverkaufsstellen zum Preis von 15 Pfg. pro Stück erhältlich.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1930.
Städtisches Bahnamt.

1. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Stribs
Solistin: Herta Winter (Sopran)

1. Sinfonie F-Dur Brahms
2. Sinfonie G-Dur Mahler

Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr
1. Rang und 1. Sperrreihe 5.00 Mk.

Do. 23. 10. Die Bräutigam und der Gendarm.
Fr. 24. 10. Die Jüdin.
Sa. 25. 10. Zum ersten Mal: Admetos Babelin.
Hierzu: Neu einstudiert: Der Diener zweier Herren. Sa. 26. 10. Nachm.: Der Schaffner.
Abend: Falstaff. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung. So. 27. 10. Die Nibelungen I. und 2. Abteilung.

Allgem. freier Angestelltenbund

Ortskartell Rastatt

Kommenden **Donnerstag, 23. Oktober**, findet im Hotel „Zum Kreuz“ abends 8 Uhr eine

Öffentliche Versammlung

statt. — Thema: **Grenzland Baden.**
Referent: Landtagsabg. **Rückert-Karlsruhe.**
Der Vorstand.

Außergewöhnliches Möbel-Angebot

Speisezimmer

Eiche, mit polierten Nussbaumtüren, innen Mahagoni poliert, neuestes modernstes Modell, mit Tisch und 4 Lederstühlen mit Federstutz

zum Preise von **580.-**

Möbelhaus Marx Kahn

Waldstr. 22 (neben Colosseum)
Ständiges Lager über 100 Zimmer und Küchen 6710

Der Blitz am Mittwoch

Seidentlor - Strümpfe
extra gute Qualität Paar Mk. **1.25**

Ripskissen mit Rückwand oder Kaffewärmer 31g. **1.00**

gezeichnet, mit Zeirwollmaterial

Donnerstag wird wieder aus unseren Stoffen **kostenlos** zugeschnitten!

BURCHARD

Vertebralverein Karlsruhe e. V.

Zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung laden wir unsere verehrlichen Mitglieder hierdurch auf

Freitag, 24. Oktober, 20 Uhr (abends 8 Uhr)

in den großen Saal des Hotel Germania, hier, Karl-Friedrich-Str. 34, mit der Bitte um zahlreichste Beteiligung ein.

Tagesordnung:
1. Wabener Zug Karlsruhe 1930
2. Ehrungen
3. Berührung
4. Sonstiges.

Die Versammlung wird eingeleitet durch eine kurze Vorführung von Filmen vom Wabener Festzug beim Wabener Feiertag.

Im Namen
Der geschäftsführenden Vorstand.

Menschen sind zu beeinflussen. Wer diese Tatsache durch eine wirksame Reklame ausnutzt, erschließt sich neue Absatzgebiete, vergrößert seinen Kundenkreis. Anzeigen, als Grundlage jeder erfolgreichen Reklame, müssen besonders gut abgefaßt werden. Inseriert im Volksfreund!

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5.

Große Volksversicherungs-Gesellschaft Deutschlands

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit 870 Millionen Rmk. Versicherungssumme, 115 Millionen Rmk. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 80 Millionen Rmk. Prämienreserven über 20 Millionen Rmk. Gewinnanteil zusammen über 100 Millionen Rmk.

Versicherungsleistungen: 11 Millionen Rmk. seit November 1923 (Ende der Inflation).

Nähere Auskunft erteilen die Rechnungsstellen: Karlsruhe, Schützenstraße 16; Schramberg i. Würtemb., Landenbergsstraße 14, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg, An der Alster 57-61.

Dauerwellen

bei billiger Berechnung.
Banan-Spezial-Salon Kaune
Gartenstr. 10, neben d. Ortskrankenkasse
Tel. 1677

Großer Werbe-Wettbewerb

zum Beginn des 7. Jahrgangs der „Urania“ (Kulturpolitische Monatshefte über Natur- und Gesellschaft) am 1. Oktober. Jeder kann sich beteiligen.

Wertvolle Bar- und Buchprämien

werden den Werbern für die Gewinnung neuer Abonnenten gewährt.

Mehrere 1000 Mark

sind als Prämien bereitgestellt.

Der Wettbewerb wird am 31. Oktober abgeschlossen. Dann erfolgt die Verteilung der Prämien.

Beteiligen Sie sich! Wir informieren Sie gern näher über die Bedingungen und senden Ihnen sofort reichhaltiges Werbematerial.

Probhefte und Prospekte gratis!

Volksfreund-Buchhandlung / Waldstr. 28

Karlsruher

läßt Euer Geld in Karlsruhe, 1485
geht Euro Spargroschen nicht nach auswärts, nicht ins Ausland

Bedenkt:

das Geld der Heimat gehört der heimischen Wirtschaft.

Gebt Ihr es dennoch fort, so schädigt Ihr die Wirtschaft und Euch selbst; Euer Geld muß in hohe Zinsen und Kosten wieder bereingezogen werden u. damit werden die Kosten der Lebenshaltung erhöht.

Die

Städt. Sparkasse Karlsruhe

verwaltet Eure Einlagen gewissenhaft bei zeitgemäßer Verzinsung

Gaggenauer Anzeigen

Das Finanzamt Rastatt teilt mit:

Die für die Veranlagung der Landwirte zur Einkommensteuer (Wirtschaftsjahr 1929/30) maßgebenden Durchschnittssätze auf 1 Hektar landwirtschaftlich genutzte Flächen betragen:

Nach den für die Gemeinde Gaggenau gegebenen Ertragswertklassen betragen die Durchschnittssätze in den Klassen

- 13 = 220 RM.
- 14 = 210 RM.
- 15 = 195 RM.
- 16 = 175 RM.
- 17 = 155 RM.

Vorliegendes bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gaggenau, den 20. Oktober 1930.

Der Bürgermeister: **Busch**

Schlafzimmer

schwer eiche, dunkel geölt, gute Schreinerarbeit, Stab, Schrank m. Innenspiegel, noch nicht gebraucht für 400 RM. (700 RM.) nur gegen bar zu verkaufen.

Offerten unter Nr. 6705 an d. Volksfreundbüro

Bugliette

sucht junge (auch Frau) Angeh. an Karlsruherbornstr. 31, 2. St. 21179

Jazztrommel

mit Fußpedal u. and. zu verkaufen. 21181
Lohfeldstraße 48.

Sportwagen

gut erh. billig abzugeben. Zu erfahren unter Nr. 5.1182 im Volksfreundbüro.

Wohnwagen

Wohnwagen und 1 Klappstuhl billig zu verk. 21180
Karlsruh. 13, 5. St.

Wohnwagen

Wohnwagen eif. Kinderbett, Klappstuhl zu verkaufen. 6711
Badjuerstr. 18, 1. St. r.

Kindermehl

enthält **Gemüse**

sagt der Arzt! Verlangen Sie **Roth's** Gemüseswiebackmehl in den Apotheken und Drogerien.

Friedrich Döpper

Realf. Lotterie-Einnehmer der preis-l. Klaffen-Lotterie
Karlsruhe, Kriegsstr. 3a
Ede Rappurter Straße
Telephon 5286
und Filialen.

Wesentliche Erhöhung der Gewinnmöglichkeit, da Verdreifung der Mittelgewinne bei gleicher Loszahl.

Ziehung 1. Klasse 24
u. 25. Oktob.



Bratensoße, pikant und reichlich - für 15 Pfg.

Sie wissen, wie viele Zutaten man braucht und wie viel Zeit und Mühe es kostet, um eine pikante und schmackhafte Tunke zuzubereiten. Knorr nimmt Ihnen diese mühselige Arbeit ab, denn in jedem Würfel „Knorr-Bratensoße“ ist alles Notwendige schon fix und fertig enthalten. Ein Würfel zu 15 Pfg. gibt soviel Soße wie 2 Pfund Braten.

Knorr Bratensoße